



Taxi- und Mietwagenverband Deutschland

Presseerklärung des TMV zur aktuellen Berichterstattung:

Soziale Verantwortung statt systematischer Ausbeutung

Die jüngsten Äußerungen von Bolt-Chef Markus Villig, der geltende Regulierungen als „Lobbyismus“ und „Bullshit“ abtut, verkennen die schwerwiegenden sozialen und rechtlichen Konsequenzen seines Geschäftsmodells. Als Vertretung des ordnungsgemäß konzessionierten Gewerbes stellen wir fest:

1. **Erosion von Sozialstandards:** Während Villig behauptet, sein Modell schaffe „produktive Arbeit“, belegen Ermittlungen des Zolls das Gegenteil: Fahrer arbeiten teils bis zu **250 Stunden im Monat** für Pauschallöhne zwischen 500 und 1.500 Euro. Dies ist keine Innovation, sondern eine **„organisierte Form der Schwarzarbeit“**.
2. **Schädigung der Solidargemeinschaft:** Es besteht in vielen Fällen der dringende Verdacht auf **systematischen Sozialleistungsbetrug**, bei dem Fahrer Vollzeit arbeiten, aber zusätzlich Leistungen vom Jobcenter beziehen. Dieses System entzieht den Sozialkassen und dem Staat wichtige Mittel und untergräbt die **soziale Marktwirtschaft**.
3. **Daseinsvorsorge statt Gewinnmaximierung:** Die Regelungen des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG), wie Mindestentgelte gemäß § 51a, dienen dem **Schutz übergeordneter Gemeinwohlinteressen** und der Sicherung der Daseinsvorsorge. Sie sollen ein „Level-Playing-Field“ schaffen und eine „Kannibalisierung“ des Verkehrsmarktes durch Dumpingpreise verhindern.
4. **Gefährdung der öffentlichen Sicherheit:** Die Missachtung von Genehmigungspflichten (§ 2 PBefG) ist kein Kavaliersdelikt. In Berlin operierte zuletzt rund **ein Drittel der Mietwagen illegal**, also ohne Konzession oder mit gefälschten Papieren. Für Fahrgäste bedeutet dies ein massives Risiko, da bei illegalen Fahrzeugen oft **kein ausreichender Versicherungsschutz** besteht.
5. **Umgehung der Rechtsstaatlichkeit:** Dokumentierte Berichte über „Exit-Strategien“, bei denen Bolt Firmen vorab über Datenprüfungen informierte, legen nahe, dass Kontrollen bewusst unterlaufen werden. Plattformen, die trotz behördlicher Verbote Fahrten an gesperrte Firmen vermitteln, agieren laut Kritikern kriminell.

TMV-Präsident Thomas Kroker fasst als **Fazit** zusammen: „Echte unternehmerische Freiheit endet dort, wo die **soziale Verantwortung** gegenüber Fahrern und der Gesellschaft mit Füßen getreten wird. Wir fordern ein Ende der „raubritterhaften Gier“ und eine konsequente Durchsetzung der Rechtsstaatlichkeit, um faire Arbeitsbedingungen und die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer zu gewährleisten“.